Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

2024/2030(DEC)

14.11.2024

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Haushaltskontrollausschuss

zu der Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Agenturen der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2023
(2024/2030(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme Assita Kanko

PA_NonLegDec

STELLUNGNAHME

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, Folgendes in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

A. in der Erwägung, dass gemäß Artikel 8 AEUV die Union bei allen ihren Tätigkeiten darauf hinzuwirken hat, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern; in der Erwägung, dass Gleichheit ein Grundrecht gemäß dem Vertrag von Lissabon und eine Priorität der Union ist, wobei das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) die Organe der Union und die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung dieses Ziels unterstützt;

B. in der Erwägung, dass sich die Arbeit des EIGE im Jahr 2023 auf zwei thematische Prioritäten konzentrierte: den europäischen Grünen Deal und geschlechtsspezifische Gewalt; in der Erwägung, dass durch Krisen die Schutzbedürftigkeit von Frauen und ihre Exposition gegenüber Gewalt verschärft, bestehende strukturelle Ungleichheiten verstärkt und alle Arten von geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt, verschlimmert werden; in der Erwägung, dass die Wirksamkeit der Maßnahmen des EIGE zum europäischen Grünen Deal, der überarbeitet und aktualisiert werden muss, um erreichbare Ziele im Allgemeinen zur Verwirklichung der Gleichstellung und zur Unterstützung von Frauen, insbesondere in der Union, festzulegen, fragwürdig ist;

1. ist ernsthaft besorgt darüber, dass durch die Konzentration des EIGE auf den europäischen Grünen Deal das Institut von seinem Auftrag abgelenkt wurde, die Gleichstellung der Geschlechter zu verbessern; weist darauf hin, dass das EIGE 92,76 % der Ziele seines Arbeitsprogramms erreicht hat;

2. stellt fest, dass der Anstieg der Personalkosten des EIGE um 8,5 % auf die anhaltend hohe Inflationsrate sowie auf eine Indexierung der Gehälter um 2,7 % zurückzuführen ist und dass die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter nach wie vor 45 beträgt; weist darauf hin, dass im Rahmen der IPA-Beitragsvereinbarung mit der Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen der Kommission zwei Vertragsbedienstete eingestellt und finanziert wurden; nimmt zur Kenntnis, dass das EIGE nach wie vor unterbesetzt ist, und schlägt vor, dass das EIGE sein Arbeitsprogramm auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen konzentriert und dabei Maßnahmen im Zusammenhang mit dem europäischen Grünen Deal gegebenenfalls eine geringere Priorität einräumt, wobei die derzeitigen Personalkapazitäten zu berücksichtigen sind;

3. nimmt zur Kenntnis, dass im Bereich des Finanzmanagements spezifische Maßnahmen ergriffen wurden, um eine ordnungsgemäße Umsetzung der interinstitutionellen Rahmenverträge sicherzustellen.